NIE ZWEIMAL IN DENSELBEN FLUSS

BJÖRN HÖCKE IM GESPRÄCH MIT SEBASTIAN HENNIG

Mit einem Vorwort von
Frank Böckelmann

POLITISCHE BÜHNE. ORIGINALTON

MANUSCRIPTUM

Politische Bühne. Originalton

Thomas Hoof KG · Lüdinghausen und Berlin 2018
2., verbesserte Auflage 2018

eISBN 978-3-944872-72-8
www.manuscriptum.de

INHALT

Es gilt der Heimat, auch wenn wir

nur zu spielen scheinen.

Theoderich der Große

VORWORT VON FRANK BÖCKELMANN

Falls die AfD bei der nächsten oder übernächsten Bundestagswahl 30 oder 35 Prozent der Wählerstimmen erhält (im europäischen Vergleich nichts Ungewöhnliches und noch immer fernab einer Regierungsbeteiligung), wird in den Talkshows und Lifestyle-Foren ein ansteckendes gekränktes Jammern einsetzen: »Müssen wir jetzt Asyl in Neuseeland oder Südafrika beantragen? Wird jetzt der voreheliche Beischlaf verboten? Sollten wir schon mal üben, ›Heil Höcke!‹ zu sagen?«

Nazi-Hysterie und Anrufung »europäischer Werte« ersetzen bei den Meinungsführern in Deutschland heute weitgehend die politische Orientierung. Das Zeitalter der Digitalisierung ist zugleich das der moralischen Lauffeuer. Ein Begriffsnetz wird über das Weltgeschehen geworfen, und dieses hat gefälligst zu parieren. Die Macht hat, wer die Sprache regelt und die Themen ausruft. Setzen sich die Themen selbst, schwillt das Tremolo der Sprachregler zu einem schrillen Diskant an. Seit dem Beginn der Massenzuwanderung im Sommer 2015 überrascht nicht nur die Aufkündigung des Gehorsams im Volk, sondern auch die Mobilisierung der Gutgläubigen. Letztere sehen ihre moralische Alleinherrschaft in Frage gestellt – da muss das alte Böse am Werk sein!

Den Namen »Björn Höcke« verbinden die tonangebenden Moderatoren und ihre dienstbaren Experten und auch einige Parteifreunde gewohnheitsmäßig mit den Attributen »rechtsextrem«, »völkisch-nationalistisch«, »biologistisch-rassistisch« oder »apokalyptisch«. Doch am liebsten würden sie Björn Höcke einfach nur »Nazi« nennen. Zwar räumen sie ein, daß Höcke die Doktrin von Hitler und Goebbels nicht ausdrücklich propagiere – doch berufen sie sich auf Politikwissenschaftler, die Höcke ein rechtsextremes Weltbild attestieren. Er verrate schreibend und sprechend häufig »eine übergroße Nähe zum Nationalsozialismus« (so der AfD-Bundesvorstand im Januar 2017), nehme entsprechende »rhetorische Rückgriffe« vor, transportiere »antisemitische Bedeutungsinhalte«, äußere sich mit einem »für Rechtsextreme typischen Duktus« – »ähnlich« wie die Identitären, zeige keine »Berührungsängste mit dem rechten Rand«, distanziere sich jedenfalls nicht von ihm. Wenn er es aber tue, dann offenbar

aus taktischen Gründen.

Der vorliegende Gesprächsband bietet Gelegenheit, aus erster Hand zu erfahren, wie Björn Höcke den Nationalsozialismus versteht und bewertet, und zu prüfen, ob diese Einschätzung glaubwürdig ist. Selbstverständlich achtet der Politiker Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig immer auch auf mögliche Effekte seiner Äußerungen in einer Öffentlichkeit, die ihm feindlich gesinnt ist, und auf den Leumund des von ihm repräsentierten »Flügels« in der AfD. Überzeugen können seine Aussagen aber nur, wenn sie zusammenpassen und eine bündige, eigenständig gewonnene Auffassung von der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert erkennen lassen – wenn sie nicht abstrakt, vom Interesse an Selbstrechtfertigung, zusammengesucht worden sind. Sie müssen einen belastbaren, annähernd widerspruchsfreien, auch künftig präsentierbaren Zusammenhang herstellen.

Stellen wir unter diesem Gesichtspunkt einige Thesen Höckes nebeneinander (und nehmen wir einen ersten Lektüre-Befund vorweg, nämlich den Eindruck, daß Höckes Freude an der Selbstdarstellung den Gesprächsverlauf weitaus stärker bestimmt als die Absicht, sich von Vorwürfen reinzuwaschen).

Höcke beruft sich auf den »patriotischen Widerstand gegen Hitler«, namentlich auf Stauffenberg und Dietrich Bonhoeffer. Er beklagt, daß der »aufrichtige Wille« der Deutschen, »die Verfehlungen und Verbrechen des Dritten Reiches zu verarbeiten«, von den Siegermächten missbraucht worden sei. (S. 65) Er lehnt die Unterstellung einer Kollektivschuld ab, vertritt aber eine Art von Kollektivschamthese: Auch als nachgeborener Deutscher könne man sich »nicht einfach mit der Bemerkung aus der Verantwortung stehlen, das ginge mich gar nichts an«, denn eine solche Haltung fördere wiederum ein »atomistisches« Selbstverständnis. (S. 70) Im »ständigen Verweis auf die einzigartige, fabrikmäßige, durchorganisierte Tötung« schimmert nach Höckes Empfinden jedoch »bisweilen ein perverses Identitätsbild von uns Deutschen durch: Keiner mordet so perfekt, der Tod kann nur ein ›Meister aus Deutschland‹ sein.« (S. 71) Höckes Fazit: »Der Nationalsozialismus und Faschismus sowie der Kommunismus versuchten Anfang des 20. Jahrhunderts mit brachialen Mitteln und Methoden die Krisen der Moderne in den Griff zu bekommen, scheiterten aber dramatisch und hinterließen Trümmerfelder, auf denen sich der zersetzende Materialismus noch ungezügelter ausbreiten konnte.« (S. 261)

Sebastian Hennig hat in diesem Gespräch einfühlsam und doch hartnäckig

Regie geführt. Mit lebensgeschichtlichen und weltanschaulichen Themen beginnend und dann die aktuelle politische Problematik ansprechend, folgen seine Fragen den Assoziationen Björn Höckes, ohne ihnen völlig freien Lauf zu lassen. Wiederholt regt er den Gesprächspartner dazu an, auf die bekannten öffentlichen Anwürfe gegen seine Auftritte einzugehen. Doch Höcke meidet sowohl das Lamento der Selbstrechtfertigung als auch die Unschuldsmiene. Er zeigt auf diese Weise, daß die Anwürfe nicht (zu)treffen. Wer Höcke durch die Medienberichterstattung zu kennen glaubt, wird im vorliegenden Buch viel Neues und Unerwartetes finden, vorausgesetzt, er hat seine Zweifel am Tenor der Berichterstattung und ist neugierig auf diesen vielgeschmähten Mann mit dem freundlichen, aber zurückhaltenden, eher einladenden und abwartenden als zielstrebigen Gesicht, einen Mann, der sich zu provozierendem Auftreten jeweils erst *durchzuringen* scheint. Wer dem Medienurteil vertraut, wird nicht neugierig sein; es zu überprüfen, scheint sich zu erübrigen. Die Auseinandersetzung wird gleichsam für beendet erklärt. Und eben darauf zielt die Diffamierung ab: den Gegner zum Verstummen zu bringen. Der »Rechtsextreme« kann fortan sagen, was er will. Man weiß ja schon Bescheid. Entweder bestätigt er seinen üblen Leumund, oder er will sich herausreden.

Indem Sie diesen Gesprächsband aufschlagen, lassen Sie den unbekannten Björn Höcke zu Wort kommen. Dieser zeigt sich skeptisch gegenüber Vorstellungen, die man bei einem Konservativen erwartet: »Orthodoxe Konservative«, die »keine Alternative zum Bestehenden sehen«, lehnt er ab: denn »das Bestehende (…) beginnt vor unseren Augen zu zerfallen«. (S. 59) Zugleich, erklärt Höcke, sei das Vergangene immer »auch im Heute präsent und damit real« (S. 25). Es sei aber vergebliche Liebesmühe, »vergangene Zustände wiederholen zu wollen« (S. 24). Daher dürfe und könne es keine »Rolle rückwärts« geben. Höckes Standpunkt: »Es geht nicht um die Restauration alter Strukturen, um ein ›neues Mittelalter‹, sondern darum, an die schöpferischen Stränge der Neuzeit wieder anzuknüpfen«, anders gesagt, die »sinnstiftenden Traditionsstränge« *erweitert* fortzuführen. (S. 264) Doch Höcke bekundet, ihm fehle »die feste Glaubensgewißheit«. Als überzeugten Christen könne er sich nicht bezeichnen. (S. 50) Autorität und Hierarchie akzeptiere er nicht als Selbstzweck, sondern nur in einer »dienenden Funktion«. (S. 47) Auch hänge er keinem »völkischen Reinheitsideal« an. Die Deutschen selbst seien ein »Mischvolk«. »Bei der Ethnogenese der Deutschen zwischen 800 und 1200 n. Chr. waren neben der germanischen Grundsubstanz auch bedeutende keltische, romanische und auch slawische Anteile dabei.«

(S. 129) Und Höcke erwähnt – man höre! – die »Grenzen und Gefahren des Populismus«: Wer könne schon im Namen des Volkes sprechen? »Wir sind als Volk bereits stark fragmentiert und bringen im Grunde keinen einheitlichen Volkswillen mehr hervor, sondern eher eine dissonante Kakaphonie.« (S. 235) Nationalem Hochmut begegnet Höcke mit einer anthropologischen Erkenntnis: »Über alle kulturellen und ethnischen Grenzen hinweg« teilten die Menschen einen »tragischen Riß«, die Erfahrung der Unvereinbarkeit von himmelstürmenden Ideen und eigener Schwäche und Endlichkeit. Aus dieser DemutsErfahrung, so Höcke, speise sich sein »tief verankerter Humanismus«. (S. 63) Im Übrigen rate er dringend dazu, »den Unmut niemals pauschal gegen die hier lebenden Ausländer zu richten (…), sondern ausschließlich gegen die für die Misere verantwortlichen Politiker«. (S. 218)

Auf kluge Weise geht Höcke auf die Kritik am Begriff des Volkes ein: »Für uns Menschen ist alle Wirklichkeit Konstruktion, eine bestimmte Vorstellung von der Welt.« Alles real Greifbare sei »einmal entstanden, also auch ›konstruiert‹ worden. Die Feststellung, daß Völker Konstruktionen sind, ist also banal.« Und: »Allein aus der Tatsache, daß etwas ›konstruiert‹ ist, leitet sich noch kein Imperativ zur Dekonstruktion ab. Dann müßte man ja beispielsweise alle Gebäude der Welt abreißen. Vielleicht sind aber etliche gute, schöne Konstruktionen dabei, die erhaltenswert sind.« (S. 126)

Hier spricht kein Missetäter, der am Pranger steht und nach Ausflüchten sucht, sondern ein Intellektueller, der die Debatte um den Volksbegriff souverän durchdacht hat – eine Rarität im politischen Schlagabtausch. Die erwähnten eigenwilligen Ansichten sind Höcke-typisch und zeugen von der Spannkraft eines ebenso nachdenklichen wie ruhelosen Charakters. Wie erklärt sich dann die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis des Politikers und den Attesten von »RechtsextremismusExperten« wie Hajo Funke und von Moderatoren, die sich ihrer bedienen? Ist Höcke ein Demagoge, der im persönlichen Gespräch den selbstkritischen Denker mimt?

Denken wir an die skandalisierte Dresdner Rede vom 17. Januar 2017. Die zentrale Aussage dieser Rede, sagt Höcke, sei eine Warnung an seine Parteifreunde gewesen: »sich von den lockenden Futtertrögen der Parlamentsmandate nicht korrumpieren zu lassen«. (S. 227) Dann aber gab er eine Steilvorlage zu einem böswilligen Missverständnis und zur »skandalösen Falschmeldung der dpa«. Er nannte das Holocaust-Mahnmal in der Nähe des Reichstags ein »Denkmal der Schande«, übernahm dabei eine Formulierung

des Intendanten des Humboldt-Forums, Neil McGregor. Gemeint war eindeutig: Wer sonst außer uns Deutschen stellt seine eigene Schande in den Mittelpunkt des nationalen Gedenkens? In vielleicht vorbewusst ungezähmter Erbostheit jedoch – er unterließ es, vom »Denkmal der deutschen Schande« zu sprechen – riskierte Höcke die Fehldeutung, er habe das Mahnmal selbst ein Schandmal genannt. Seine Richtigstellung folgte auf dem Fuß. Sie wurde in den Medien wiedergegeben *und als solche nie angezweifelt*. Vielmehr wurde und wird sie meist einfach ignoriert. Die Wendung vom »Denkmal der Schande« wird zitiert, als verstehe sie sich von selbst und bedürfe es keines weiteren Belegs für Höckes Schlechtigkeit. Manchen Journalisten dürfte die Fehldeutung durchaus bewusst sein. Doch weil sie Höcke schädigt, erscheint sie als Nachrede für einen höheren guten Zweck.

Niemand, der Höcke je aufmerksam zugehört hat, kann ihn für einen Rassisten oder Antisemiten halten, und das Gespräch mit Sebastian Hennig bestätigt dies ein weiteres Mal. Dennoch wird ihm weiterhin unterstellt, er habe sich mit diesem Satz entlarvt. Denn ihm darf alles zugetraut werden. Er hat die herrschende Phraseologie von »Toleranz und Weltoffenheit« und das staatstragende Ritual deutscher Selbstverachtung aufgekündigt und sich damit die erbitterte Feindschaft derer zugezogen, die sich daran gewöhnt haben, edel und gut zu sein, wenn sie die Formeln des humanitären Universalismus aufsagen. Da sie aber nicht viel mehr haben als die Überzeugung, ein für alle Mal bei den Siegern der Geschichte zu stehen, verleumden sie den Zweifler als Ketzer.

Gewöhnen wir uns daran, daß jedes Beharren auf kulturellen und ethnischen Unterschieden und nationalem Eigensinn heute als »rechtsextrem« gescholten werden darf. Björn Höcke hat die extreme Feindseligkeit gegen seine Person selbst zu erklären versucht: »Und ich glaube, die polit-mediale Klasse hat – mehr unbewußt als bewußt – erkannt, daß ich nicht ›einfangbar‹ bin im Sinne einer ›Hegemonie durch Neutralisierung‹, wie sie der marxistische Intellektuelle Antonio Gramsci beschrieben hat. (…) Ein wie auch immer geartetes Arrangement wird es mit mir nicht geben.« (S. 221) Den Hass auf die AfD insgesamt erklärt er an gleicher Stelle mit der Angst der Machthaber, »von ihren etablierten Positionen verdrängt zu werden und die angesammelten Pfründe zu verlieren«. (S. 221) Und weil er beobachtet hat, daß sich in der politischen Szene Deutschlands »notorische Realitätsverweigerer, Hysteriker, Schizophrene, Autoaggressive und auch Psychopathen« tummeln (S. 91), rät er seinen Mitstreitern: »Je hysterischer die herrschende Kaste reagiert, (…) desto ruhiger sollten wir werden (…).

Jeden Anflug von Rechtfertigung sollten wir unterdrücken.« (S. 222)

Indirekt immerhin antwortet Höcke auf Diffamierungen, die ihn im Raum des regierungsamtlich beglaubigten Vorurteils wie der eigene Schatten begleiten. Faschismus? Für Höcke »eine geschichtlich und räumlich begrenzte Erscheinung«, die »heute in Deutschland nur als bizarrer Fremdkörper existieren (könnte)«. (S. 141) »Rechtsextremistisch«? Ein vom politischen Gegner aufgeklebtes Etikett, ein reiner Kampfbegriff. Höcke lehnt jede Art von Extremismus als »Vereinseitigung, ein Ausblenden von Wirklichkeit« ab, und jede Ideologie als »Verabsolutierung von Einzelaspekten«. (S. 146) »Biologistisch«? Höcke bestreitet, »Anhänger eines biologischen Reduktionismus« zu sein, sieht vielmehr »den Menschen mit Arnold Gehlen vor allem als Kulturwesen«, hält aber die Vorstellung von »einer Kosmopolis mit ethnisch-indifferenten Weltmenschen« weder für realisierbar noch für wünschenswert. (S. 129) »Völkisch«? Nirgendwo gebe es »phänotypische Einheitlichkeit«, und alle Völker seien »rassische Legierungen«, aber eben nicht beliebig und in wenigen Jahren entstandene, sondern jeweils Resultate einer langen Geschichte, einschließlich der »Tropfeneinwanderung« kulturell kompatibler Personen. Den Begriff völkisch« hält Höcke für unglücklich; die Bezeichnungen »volksverbunden« und »volksfreundlich« zieht er vor. (S. 133)

Björn Höcke kennt sich im Zeitgeist, im »ichsüchtigen Kollektivismus«, gut aus und ist ihm gründlich abgeneigt. Ihn einen »bürgerlichen Konservativen« zu nennen, trifft ins Schwarze, wenn man den Akzent auf »bürgerlich« legt. Sein Welt- und Menschenbild ist von »synthetisch-harmonisierenden Denkfiguren« bevölkert, um mit Panajotis Kondylis zu sprechen. Er hält einem Bildungsbürgertum die Treue, das von der Massendemokratie längst überwältigt, aber von keiner anderen, keiner *orientierenden* Ordnungsvorstellung abgelöst worden ist. »Ordnung« ist ein wichtiges Stichwort. Höcke orientiert sich staatspolitisch am »klassischen Maß«, das er dem Preußentum zuspricht, und denkt vom Ausgleich, vom Gleichgewicht der großen Daseinsmächte her: dem zwischen Dauer und Veränderung, Wiederkehr und Fortschritt, Vernunft und Körperlichkeit, Natur und Geschichte (sich durchdringend in der Landschaft, was Höcke angeht, in der mittelrheinischen Kulturlandschaft). Höckes Volksbegriff enthält die Idee von Entelechie, einer eigentümlichen »Selbstentfaltung« im Zusammenwirken schöpferischer Individuen, die sehr unterschiedlich disponiert, einander aber doch eng verbunden sind. Wenn sich Höcke im Rahmen dieses Weltbilds mit deutlich pädagogischen, auch studienrätlichen

Zügen selbst einen »tief verankerten Humanismus« zuspricht, so ist dies keine Schutzbehauptung.

Ist die Massenzuwanderung aus Vorderasien und Afrika nach Zentraleuropa Folge und Ausdruck einer humanistischen Haltung (wie die Allianz der Altparteien nicht müde wird zu beteuern)? Björn Höcke erkennt in ihr gerade das Gegenteil. Aus der »massenhaften Einwanderung von Glücksrittern und Menschen, die sich einfach ein besseres Leben in Europa und Deutschland versprechen« (S. 40), resultieren Chaos, Rechtlosigkeit und Willkür und langfristig »die brutale Verdrängung der Deutschen aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet« zugunsten einer brisanten Koexistenz von Bevölkerungsteilen, die kaum integrierbar sind und sich in Parallelgesellschaften gegeneinander abkapseln. Zugleich werden »die wirklichen Flüchtlinge« praktisch unsichtbar – jene, »die nicht nur auf unsere Hilfe berechtigten Anspruch erheben können, sondern denen wir um unserer selbst willen helfen müssen, damit wir keinen Schaden an unserer Seele erleiden«. (S. 188) Wer wünscht sich eigentlich die Massenansiedlung von Orientalen und Afrikanern nebst fortschreitender Islamisierung? Die Deutschen werden nicht gefragt, und für das Schicksal ihrer Nachkommen fühlt kein Regierender Verantwortung. Hinter »der weichen humanitären Phraseologie unserer herrschenden Klassen« verbirgt sich Höcke zufolge »ein hartes politisches Programm« (S. 201). Dieses musste indessen nicht eigens vereinbart und ausformuliert werden, sondern ist schlicht »die logische Folge des Globalkapitalismus mit seiner Forderung nach weltweit freier Bewegung von Gütern, Kapital und eben auch Menschen« (S. 244). Um diese Einsicht vom Geruch der Verschwörungstheorie zu befreien und ihr Plausibilität zu geben, »reicht schon die Kenntnis des UN-Berichts ›Replacement Migration‹ von 2001, der die Öffnung Deutschlands für über 11 Millionen fremde Zuwanderer verlangt, angeblich, um ›demographische Lücken‹ zu füllen« (S. 205). Den vertrauensseligen Wählern der Altparteien wird diese globalpolitische, transatlantische Weichenstellung als Barmherzigkeit gegenüber menschlichen Einzelschicksalen nahegebracht, und als Gelegenheit für reuevolle Deutsche, sich weltoffen zu zeigen.

Um diesen unaufhaltsam erscheinenden Erdrutsch aufzuhalten, ist die Rückkehr des Politischen vonnöten – in Höckes Worten »der Ausstieg aus der internationalen ›Anti-Islam-Koalition‹ und die konstruktive Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern – je nach nationaler Interessenlage« und eine »konsequente Verhinderung der drohenden Islamisierung Deutschlands und Europas« durch »Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung« und

»Durchsetzung unserer Rechts- und Werteordnung« (S. 195). Darüber hinaus regt Höcke an, »man sollte darüber nachdenken, die Zahl der hier lebenden Muslime zu verringern« (S. 197), wohl im Gegensatz zu anderen Flügeln der AfD, die vor allem auf konsensfähige Überzeugungsarbeit im Rahmen des großmedial betreuten Diskurses setzen. »Entscheidend ist der Wille zum Schutz unserer Außengrenzen …«(S. 202)

Die entscheidende, die genuin *politische* Frage für Gegner der Massenzuwanderung ist, ob man im Wesentlichen auf ein Arrangement unter den politischen Kräften in ihrer gegenwärtigen Konstellation hofft oder der Realität, der absehbaren Entwicklung, die bessere Überzeugungsarbeit zutraut. Für Björn Höcke stellt uns die Lage vor eine letztlich unausweichliche Alternative: Selbstbehauptung der Völker oder Untergang. Die Altparteien, die in Ansehung der Schicksalsfrage als Block auftreten, klammern sich, um ihre Haut zu retten, an die Formel: Kosmopolitismus oder Untergang. Den Untergang sehen sie durch die Machenschaften der »Rechten«, »Rechtspopulisten«, »Völkischen« heraufdämmern – von außen kann er nicht kommen, denn ein Außen darf es nicht mehr geben. Deshalb dürfen Debattenbeiträge von AfD-Abgeordneten im Block grundsätzlich nicht beklatscht werden. Um an jene Formel weiterhin glauben zu können, muss der Block den großen weißen Elefanten ignorieren: die Gefahr einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung in den Großstädten und, ein wenig später, landesweit. Um gegen den Populismus, die »vermeintlich einfachen Lösungen«, Widerstand zu leisten, ist der Block nun in ein wahrhaft populistisches Dilemma geraten. Er ist gezwungen, darauf zu wetten, daß der Islam tolerant und selbstkritisch ist oder in Europa tolerant und selbstkritisch werden wird oder durch Entwicklungshilfe in Afrika zu einem verkraftbaren Immigrationsrinnsal kanalisiert werden kann. Wenn der weiße Elefant weiterhin im Raum steht, und vor den Toren Europas eine ganze weiße Elefantenherde, die AfD somit weiter wächst, bleibt den Altparteien nur ein einziger Ausweg: Um die populistische Gefahr zu bannen, müssen sie selbst das Programm der AfD in die Tat umsetzen (dies aber als Notmaßnahme gegen den Populismus deuten).

Björn Höcke wäre dann einer von jenen Männern und Frauen, die Recht behalten, indem sie die Rolle von Sündenböcken übernehmen.

KRISE UND RENOVATION

In jeder noch so schweren, existenziellen Krise liegt bekanntlich auch die Chance zur Weiterentwicklung. Sie sprachen am Anfang unseres Gesprächs von der produktiven »Nachtmeerfahrt«.

Hierin liegt auch meine grundsätzliche Zuversicht und Gelassenheit, die über alle Schreckensszenarien hinausreichen. Ich bin sicher, daß – egal wie schlimm die Verhältnisse sich auch entwickeln mögen – am Ende noch genug Angehörige unseres Volkes vorhanden sein werden, mit denen wir ein neues Kapitel unserer Geschichte aufschlagen können. Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen. Aber abgesehen von diesem möglichen Aderlaß haben wir Deutschen in der Geschichte nach dramatischen Niedergängen eine außergewöhnliche Renovationskraft gezeigt. Denken Sie an den Dreißigjährigen Krieg oder den Zusammenbruch 1945. Ob wir es noch einmal schaffen werden, ist nicht sicher, aber es gibt berechtigte Hoffnung auf eine Erneuerung.

Ohne eine solche, meinen Sie, geht es keinesfalls weiter?

Ja, an dem heruntergekommenen deutschen Haus sind umfassende Renovierungsarbeiten vonnöten. Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, daß wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen. Dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt, denn die größten Probleme von heute sind ihr anzulasten.

Wir leben doch bereits in der Postmoderne!

Das halte ich für eine Fehleinschätzung. Die oft zitierte Postmoderne ist bislang noch gar nicht eingetreten. Was heute unter dieser Bezeichnung firmiert, ist nur eine bestimmte Degenerationsstufe der Moderne und nicht ihr Nachklang. Die Krisen der Moderne eskalieren heute vielmehr, statt gedämpft oder gar bewältigt zu werden. Es wird unsere historische Aufgabe sein, nach

dem finalen Austoben der Moderne eine wirkliche neue Ära vorzubereiten und einzuläuten: Die Nach-Moderne.

Es reicht Ihnen also nicht, daß beispielsweise in der Architektur den stupiden Kästen ein paar Ornamente angeklebt wurden?

Nein, das Ganze muß viel tiefer und breiter angelegt werden. Die erforderliche Renovation steht im Kontext einer ganzen Geschichtsepoche. Es ist auch für einen Politiker, der tief in den Tagesgeschäften steckt und eher auf kurzfristige Horizonte getrimmt ist, sinnvoll, von Zeit zu Zeit einen übergeordneten Standpunkt einzunehmen und das politische Geschehen in einem größeren historischen Zusammenhang zu betrachten.

Können Sie das in groben Zügen skizzieren?

Ich will es versuchen: Die Moderne selbst halte ich für eine Verfallsform einer bedeutsamen Epoche, nämlich der Neuzeit, die vor rund fünfhundert Jahren in Europa einsetzte. Mit der Loslösung des Individuums aus den mittelalterlichen Kollektiven kam es zu einer Entfesselung unglaublicher Kräfte: in den Wissenschaften, der Technik, der Ökonomie und der Kultur. Dabei zerfiel die alte Struktur der Civitas und des kaiserlichen Universalismus, so daß es einer neuen politischen Institution bedurfte, um Ordnung zu schaffen und die gewaltigen, aber auch zerstörerischen Kräfte der Emanzipation in produktive Bahnen zu lenken. Gleichzeitig bildete sich aus den ethnopluralen Gemeinschaften des Reiches das Volk als neues politisches Subjekt heraus. Das war die Geburt des neuzeitlichen Nationalstaats. Dieser Staat hatte ungeheure Aufgaben zu bewältigen: die Befriedung des Landes, den Aufbau der Infrastruktur, der Verwaltung, des Justiz- und Bildungswesens, die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und anderes mehr. Im Großen und Ganzen funktionierte das auch in den europäischen Ländern – vorbildlich in Preußen und Österreich, den beiden deutschen Hauptmächten – und begünstigte die Entwicklung Europas zur führenden Weltmacht. Grundbedingung für diesen Prozeß war der bändigende, ordnende und gestaltende Staat.

Nun ist der Staat ja seit den Zeiten von Privatisierung und Deregulierung eher auf dem Rückzug.

Damit verweisen Sie genau auf den springenden Punkt, der dem dynamisch-konstruktiven Lauf der Neuzeit einen dramatischen Knick bescherte. Mit dem Abbau der klassischen Staatlichkeit, der übrigens schon sehr weit vor der genannten Neoliberalisierung einsetzte –, begannen die Freiheits- und

Emanzipationskräfte sich zunehmend destruktiv auszuwirken. Diese Entwicklung wurde mit dem Aufkommen des Kapitalismus im 18. Jahrhundert noch einmal befeuert, da die selbstbewußten Unternehmer aus Eigeninteresse die Einmischung des Staates in ihre Geschäfte vehement ablehnten, vor allen im angelsächsischen Raum. Hier tobte sich auch der berüchtigte Manchester-Kapitalismus hemmungslos aus, mit all den bekannten negativen sozialen Folgen. Als Begleitmusik mutierte das schöpferische Individuum, das sich seit der Renaissance zu großer Blüte entfaltet hatte, im Laufe der Zeit zum flachen Massenmenschen.

So wie in der ersten Industrialisierungsphase große Baustellen mit Pferdekraft bedient wurden, hat die strenge Konditionierung des vormodernen Menschen zur effektiven Durchsetzung der Moderne beigetragen. Bald danach gab es einen Umschlag von einer in dieser Intensität wohl einmaligen geschichtlichen Aufbauphase in eine Dekomposition.

Ja, dieser Prozeß dauert bis heute noch an. Das alles vollzog sich natürlich in der Realität viel komplizierter und verwickelter, als ich es jetzt darstellen kann, mir geht es primär um den Grundgedanken.

Das heißt, die Dekomposition lief nicht schematisch-linear ab?

Richtig, vor allem in Deutschland gab es Gegenbewegungen: die spezifisch deutsche Form der Aufklärung, die im Gegensatz zur französischen Erbaulichkeit von Liberté, Egalité und Fraternité die Freiheit in ihrer janusköpfigen Abgründigkeit ernst nahm und sie zum Zwecke ihrer Erhaltung einer strengen Einhegung unterwarf, die Romantik auf geistig-kulturellem Gebiet, die Entwicklung einer politisch gesteuerten Nationalökonomie im Bereich der Wirtschaft, überhaupt die Betonung eines starken Staates, um die partikularen Kräfte in das Gesamtgefüge des Gemeinwesens sinnvoll einzubinden. Auch die Strömungen der sogenannten Konservativen Revolution in der Weimarer Republik hatten verschiedene Lösungsansätze entwickelt, bedenkenswerte wie ungeeignete. So konnten die Niedergangsprozesse eine Weile aufgehalten und gebremst werden. Die Staatlichkeit, die den produktiven Ordnungs- und Gestaltungsrahmen garantierte, verfiel aber mit der zunehmenden Dominanz der Parteien und ihrer Okkupation öffentlicher Institutionen. Der Nationalsozialismus und Faschismus sowie der Kommunismus versuchten Anfang des 20. Jahrhunderts mit brachialen Mitteln und Methoden die Krisen der Moderne in den Griff zu bekommen, scheiterten aber dramatisch und hinterließen Trümmerfelder, auf denen sich der zersetzende Materialismus noch

ungezügelter ausbreiten konnte.

Und wo stehen wir Ihrer Meinung nach heute?

Wir erleben die finale Auflösung aller Dinge: von den Identitäten der Geschlechter und Ethnien, den Familien, den religiösen Bindungen über die kulturellen Traditionen, den Sinn für Form und Maß – man vergegenwärtige sich nur den grassierenden Dekonstruktionswahn in der Architektur! – bis hin zu den schützenden und formenden Grenzen der Staaten und Kulturen. Die Merkelsche Grenzöffnung und die »No-Border-No-Nation-Ideologie« ist nur ein Moment in diesem geschichtlichen Auflösungsvorgang. Am Ende steht der Mensch an sich zur Disposition. Es ist kein Zufall, daß gerade von den globalen Geldeliten der sogenannte Transhumanismus als Projekt stark gefördert und vorangetrieben wird. Ziel ist die Schaffung eines neuen Übermenschen in Gestalt eines Mensch-Maschine-Hybrids – eine befremdliche, ja gruselige Vorstellung! Das Beste für die normale Menschheit wäre wahrscheinlich, wenn diese Posthumanoiden irgendwann ihren Lieblingsplan verwirklichen und auf den Mars auswandern würden.

Wünschen Sie sich das besser nicht, Reinhard Jirgl hat 2012 in seinem verstörenden Roman Nichts von uns auf Erden *ausgemalt, was passiert, wenn diese Kolonisten dann zurück auf die Erde kommen! Seitdem ist es im Literaturbetrieb ruhiggeworden um den Büchner-Preisträger von 2010, der in der DDR vier Romane für die Schublade geschrieben hatte. Die grundsätzliche Moderne-Kritik, welche die Kritiker darin witterten, machte den zuvor gefeierten Schriftsteller in der Szene verdächtig. Dieser Verdacht bestätigte sich sozusagen, als im berüchtigten Winterheft 2015/16 der Zeitschrift* TUMULT *sein Kurzessay »Die Arglosen im Inland« erschien.*

Manfred Kleine-Hartlage hat die Moderne als einen Prozeß der Entstrukturierung und Entdifferenzierung beschrieben. Alles geschichtlich Gewachsene muß dekonstruiert und zersetzt werden, aber – und hier liegt der entscheidende Punkt: es sollen gleichzeitig keine neuen Gestalten und Strukturen entstehen. Das Ziel ist vielmehr die dauerhafte Verflüssigung.

Also keine »schöpferische Zerstörung« à la Schumpeter, sondern eine Zerstörung »sans phrase«.

Genau. Das hat sogar eine metaphysische Dimension: Denn mit dem Ziel der dauerhaften Verflüssigung richten sich die Kräfte der Moderne gegen die Schöpfung selbst: Es ist der Rückfall zur formlosen und wüsten Masse des vorweltlichen Chaos, wie es Ovid in seinen *Metamorphosen* besungen hat.

Wir sollten dagegen dem Schöpfungsakt folgen, der darin bestand, dem amorphen Gebilde eine Gestalt und Ordnung zu geben.

Der nationale Publizist Hans-Dietrich Sander gab einmal den alternativen Imperativ zum zerstörerischen »Anything goes« der Moderne aus: »Style and Order«! Auf diese Formel des amerikanisch-englischen Dichters T. S. Eliot könnte man das von Ihnen propagierte post-moderne Projekt verkürzen. Wie realistisch ist ein solches historisches Vorhaben?

Wir haben keine andere Wahl, wenn wir nicht in Spenglerscher Fellachisierung verkommen wollen. So könnten wir zwar überleben, aber auf einem sehr niedrigem kulturellen Niveau. Wenn dieser Status global eintritt, ohne daß »frische Völker« in Sicht wären, die einen Wiederaufbau der menschlichen Kultur in Angriff nehmen, dann könnte die Menschheit nur noch eine göttliche Zäsur wiederaufrichten.

In der gerade von Ihnen genannten Dichtung Ovids erfahren wir von Jupiters Entscheidung, das unfähige und gottlose Menschengeschlecht mittels Sintflut zu vernichten – aber mit dem Versprechen, ein neues, besseres Geschlecht zu schaffen.

Vor diesem drastischen göttlichen Eingriff sollten wir Menschen selbst einen Versuch der Erneuerung wagen. Der Königsweg geht von der Dekomposition zur Rekomposition.

Das klingt, als wollten Sie zurück nach vorgestern.

Überhaupt nicht! Es darf und kann keine Rolle rückwärts geben, sondern wir müssen das Ganze auf eine neue, höhere Stufe stellen. Es geht nicht um die Restauration alter Strukturen, um ein »neues Mittelalter«, sondern darum, an die schöpferischen Stränge der Neuzeit wieder anzuknüpfen. Das bedeutet für ein Volk und seine Kultur: Sinnstiftende Traditionsstränge sollten nicht gekappt und stabilisierende Bestände nicht weggeräumt werden, wie es in der Moderne so oft und rigoros geschehen ist, sondern einer »erweiterten Fortführung« unterliegen, wie es der Weimarer Historiker Erich Marcks gefordert hat. *Erweitert* – das ist der entscheidende Punkt.

Also keine Abschaffung von Kühlschrank und Kaltschaum-Matratzen.

Nein, auch kranke Zähne werden in einer nach-modernen Ära nicht betäubungslos vom Barbier gezogen. Vor einem technischen Rückschritt haben die Menschen ja am meisten Angst, wenn man von einer notwendigen Überwindung der Moderne spricht.

Wie könnte eine Renovation des Gemeinwesens im einzelnen aussehen?

Die Details eines Neubaus sollten und können nicht von oben verordnet, sondern in einer großen, gemeinsamen Aussprache ermittelt werden. Es gibt viele Ideen und Ansätze zu diskutieren, zu bewerten und abzuwägen, bevor sich eine Entscheidung herauskristallisiert. Bei der Umsetzung wird man nach dem Prinzip »Trial and Error« verfahren, manches wird funktionieren, anderes nicht.

Sie werden aber schon eigene Vorstellungen haben, was zu tun sein wird?

Natürlich, aber das sind nur Vorschläge, keine Vorgaben, die man der Allgemeinheit aufzuoktroyieren gedenkt. Ich würde mich vielmehr über eine rege, sachliche und ergebnisoffene Diskussion freuen, wie wir in Zukunft gemeinsam leben wollen. Aber die wird in unserem Land momentan leider noch durch die herrschenden Denk- und Sprechverbote verhindert.

Können Sie ein paar Eckpunkte nennen, die für Sie elementar sind?

Ja, sie ergeben sich aus der Krise der Moderne selbst: Wenn die Moderne zu einer Entwurzelung der Menschen geführt hat, so ist eine neue Bodenständigkeit zu fördern. Wenn sie uns zu Konsumtrotteln und Jobnomaden degeneriert hat, müssen wir den idealistischen Wert sinnstiftender Arbeit beleben. Ein funktionierendes Gemeinwesen bedarf auch einer produktiven Wirtschaftsordnung, die ein ausgewogenes soziales Gefüge generiert und nicht die Kluft zwischen Reich und Arm vergrößert – sie wird also post-kapitalistisch sein, ohne in einen lähmenden Sozialismus alter Machart zu verfallen. Wenn die Moderne die Heimatbindungen gekappt hat, gilt es, die Heimat als Raum der Geborgenheit und Lebensentfaltung wiederzuentdecken. Wenn sie die Identitäten – geschlechtlicher, kultureller oder sonstwelcher Art – beschädigt hat, geht es um eine Wiederherstellung von Identitäten.

Die Wiederentdeckung des Eigenen!

Ja, das wird bei dem heutigen Ausmaß an Selbstentfremdung ein regelrechtes Abenteuer werden. Damit einher geht auch die Sicherstellung des Ansiedlungs- und Gestaltungsmonopols eines Volkes in seinem Land. Dann wird auch das Fremde wieder seinen Zauber erhalten und das Zusammenleben mit nichtdeutschen Bevölkerungen als belebendes und nicht als bedrohliches Moment empfunden werden. Identität erwächst ja nicht einfach aus sich selbst heraus, sondern in einer dialogischen Beziehung zum anderen.

Gibt es noch weitere Punkte auf Ihrer Agenda der Erneuerung?

Die Liste ist lang, hier nur ein paar weitere herausgegriffen: Wenn die Moderne die Verhäßlichung und Verschandelung unserer Städte, Dörfer und Landschaften zugelassen hat, müssen wir die Schönheit und den Sinn für Form und Maß zum neuen Maßstab machen. Wenn sie die Gemeinschaften zerstört und die Menschen vermasst hat, haben wir das fruchtbare Wechselspiel aus Gemeinschaft und Individuum wieder herzustellen. Wenn im Zuge der Moderne die religiösen Bezüge verloren gegangen sind, müssen wir uns um eine metaphysische Wiederverankerung bemühen. Das wird überhaupt der entscheidende Punkt sein: Allein, um durch die zu erwartenden schweren Krisenzeiten zu kommen, brauchen wir neben einer neuen Gemeinschaftlichkeit auch einen inneren Halt, der sich primär aus religiösen Substanzen speist. Hier haben die Amtskirchen in Deutschland vollständig versagt.

Für die drohende »Nachtmeerfahrt« bedarf das Volk einer spirituellen Orientierungshilfe?

Ja, auf jeden Fall. Aber angesichts des schlimmen Zustandes unserer christlichen Kirchen wird es ohne eine erneute Reformation in Deutschland nicht gehen. Der Klerus hat weitestgehend seine Glaubensautorität verloren und sich vom Volk immer mehr entfremdet. Wenn heute Pfarrer beklagen, daß sich das Volk von ihnen abwendet, dann ist das absurd: *Sie* sind es, die sich längst vom Volk abgewendet haben, ihm teilweise sogar regelrecht feindselig gegenüberstehen! Natürlich tragen der grassierende Materialismus, die naiv-oberflächliche Wissenschaftsgläubigkeit und die allgemeine Säkularisierung mit zu der Ablösung bei, aber subkutan schlummert meines Erachtens bei den meisten Menschen eine Sehnsucht und ein Bedürfnis nach größeren Sinnzusammenhängen und religiöser Geborgenheit.

Das geschieht freilich nicht nur subkutan: Es gibt heute eine Vielzahl von esoterischen, mystischen und spirituellen Angeboten jenseits der Amtskirchen.

Richtig, aber das meiste ist doch bloß Surrogat. Ohne jetzt über den Sinngehalt und die Seriösität dieser alternativen Angebote überheblich urteilen zu wollen: Für eine große menschliche Gemeinschaftsform wie ein Volk sind neben den berechtigten individualisierten Formen auch übergreifende, integrative Institutionen nötig. Das heißt: Wir brauchen im Grunde eine neue Volkskirche, die wie das alte Gotteshaus im Dorf in der Mitte der Gemeinschaft steht.

Und wie soll eine solche Volkskirche Ihrer Meinung nach aussehen?

Das kann ich in diesem Rahmen nicht genauer ausführen und ich bin auch als Parteipolitiker hierzu nicht wirklich berufen. Sicherlich sollte sie fest in der Kultur des Volkes verankert sein. Ihre zentrale Aufgabe wäre es, sich um das Seelenheil der Menschen zu kümmern, statt sich, wie heute, penetrant in die Politik einzumischen. Da halte ich es mit der Zwei-Reiche-Auffassung von Augustinus und Luther. Eine neue Volkskirche müßte die tradierte Volksfrömmigkeit, die sich bis heute in verschiedensten Bräuchen und Ritualen erhalten hat, mit der idealistischromantischen Vorstellung einer beseelten Natur und dem ursprünglichen spirituellen Impuls des Christentums verbinden – ohne gleichzeitig in Widerspruch zu den Erkenntnissen der Naturwissenschaften zu geraten. Diese Integration ist keine leichte, aber auch keine unmögliche Aufgabe, wenn man anstelle von starrer theologischer Dogmatik eine lebendige Organik betreibt und mit Schopenhauer den allegorischen Charakter der hergebrachten Religionen akzeptiert.

Die »Wahrheit im Gewande der Lüge«, wie es bei ihm heißt. Vorausgesetzt, das läßt sich überhaupt anregen, dann sind das keine Aufgaben für ein paar Wahlperioden!

Nein, mit den vorher genannten Punkten ist das eine Arbeit für Generationen. Aber wir können als Avantgarde die Grundlagen legen und Weichen stellen. Wichtig ist: Damit all unsere Erneuerungsideen bestandsfähig und zukunftsfest werden, müssen wir immer die conditio humana im Auge behalten, die sich nicht endlos ohne böse Folgen verbiegen läßt. Daran sind alle ideologischen Systeme bisher gescheitert.

Sie sagten, der Staat spiele bei der produktiven Bändigung der Emanzipations- und Freiheitskräfte eine besondere Rolle. Sehen Sie nach den langen staatlichen Abbauprozessen hier überhaupt noch die Chance einer Wiederbelebung?

Wenn wir die völlig aus dem Ruder gelaufene Moderne wieder in den Griff kriegen möchten, kommen wir um eine Rekonstitution des Staates in seiner neuzeitlichklassischen Form nicht herum. Das wird neben der Notwendigkeit einer religiösen Wiederverankerung eine der entscheidenden Aufgaben der Zukunft sein. Alle genannten Aspekte der Rekomposition beziehen sich auf ein Volk als geschichtlich gewachsene Einheit, bedürfen aber eines klar umrissenen Ordnungs- und Gestaltungsrahmens, innerhalb dessen ein Volk walten und wirken kann. Diesen Rahmen stellt der Staat zur Verfügung. Er ist

gleichzeitig »Geschäftsführer« des historisch-politischen Subjekts, sichert die innere Ordnung und verteidigt die Souveränität nach außen. Diese neuzeitliche Symbiose von Staat und Volk ist das, was wir gemeinhin als Nation bezeichnen. Wenn man sich die Geschichte Europas anschaut, ist sie ein unglaubliches Erfolgskonzept und wurde erst im Zuge der Globalisierungsdoktrin mit ihrem Fetisch der Supranationalisierung zum Auslaufmodell erklärt.

Geschichte spitzt sich manchmal auf bestimmte Antagonismen zu.

Ja, heute ist es der Kampf zwischen dem bewährten Nationalstaat gegen die grenzenlose Globalisierung. Wir glauben, daß das von uns präferierte Modell eines erneuerten Nationalstaats – von dessen klassischen Modell des 19. Jahrhunderts sicher einiger Ballast abgeworfen werden muß – das vernünftigere und auch menschenfreundlichere ist. Für ein friedliches Miteinander sind geschützte Räume und Grenzen unabdingbar, sowohl auf der individuell-privaten Ebene, wo wir das Phänomen der »sozialen Distanz« kennen, wie auf der Ebene der Gemeinschaften.

»Good fences make good neighbours«, wie ein englisches Sprichwort lautet.

Richtig. Grenzen gehören zur conditio humana. Es ist immer wieder belustigend, bei den Verfechtern von weltweiter Grenzenlosigkeit die verbissenen Grenziehungen gegen »Rechts« zu beobachten. Ich glaube auch nicht, daß die No-Border-Ideologen ihre privaten Wohnungen vierundzwanzig Stunden am Tag offenlassen, damit jeder X-beliebige bei Ihnen hinein- und herausspazieren kann. Genau diesen Unsinn fordern sie aber auf staatlicher Ebene und bedenken nicht die Folgen. Wer die Grenzen nach außen auflöst, verschiebt sie nur nach innen: Abschottung und Segregation innerhalb von Gesellschaften sind die Folgen.

Das stört wahrscheinlich die meist gut betuchten globalistischen Eliten nicht.

Sicher, sie können sich im Gegensatz zum Normalbürger in ihre »gated areas« zurückziehen. Wir sollten Grenzen aber nicht nur als Voraussetzung aller Staatlichkeit ansehen, sondern auch ihre allgemeine kreative Macht erkennen: Die damit verbundene Beschränkung in einer Dimension kann zu einer verstärkten Entfaltung in einer anderen Dimension führen. Zum Beispiel, indem man die Bescheidung im Materiellen mit der Vertiefung des Immateriellen sinnvoll kompensiert.

Statt also endlos Geldkapital anzuhäufen, sollten wir besser Beziehungen anbahnen und Verbindlichkeiten pflegen.

Genau. Ich möchte noch zu dem Thema »Begrenzung« etwas ergänzen. Für den englischen Philosophen Roger Scruton ist die liebevolle Verbundenheit des Einzelnen zu einer begrenzten Heimat als Verantwortungsraum – die Grundlage jedes wirklich nachhaltigen Naturschutzansatzes. So sinnvoll auch staatliche Vorgaben im einzelnen sein mögen, so können sie niemals die intrinsische Motivation des Einzelnen ersetzen, das zu erhalten, was vor seiner Haustür liegt. Die vorbildlichen preußischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die u. a. der Gemeindeselbstverwaltung zum Durchbruch verhalfen, sind von diesem Geist durchdrungen. Die Grenzen des konkreten Erfahrungsraums als Grenzen des Verantwortungsraums zu akzeptieren, bedeutet den Sieg einer bodenständigen Bescheidenheit über einen hybriden Machbarkeitswahn.

Der französische Philosopoh Régris Debray plädiert daher für ein »Lob der Grenzen«.

Letztlich ist das Vorhandensein von Grenzen auch die Voraussetzung für das äußerst spannende Abenteuer, diese zu überschreiten. Das sollten wir uns nicht nehmen lassen. Als faustische Menschen sind wir Europäer dafür prädisponiert.

Der Mensch braucht also wie der Staat einen begrenzten Wirkungs- und Entfaltungsraum mit einer Außenhaut, um sich definieren und auch gedeihen zu können. Birgt die Rekonstituierung der Staatlichkeit auch eine Chance zur Wiederbelebung der Politik?

Ja, es gibt ja heute kaum noch eine Vorstellung, was Politik im eigentlichen Sinne ausmacht, nämlich einer größeren menschlichen Sozietät eine funktionierende Lebensordnung zu ermöglichen. Seit dem Verfall der mittelalterlichen Civitas ist Politik eng mit dem neuzeitlichen Staat verknüpft. Ein guter Staat beschränkt sich wohlweislich auf die Grundlinien der Politik und überläßt das »Feintuning« den gesellschaftspolitischen Kräften.

Also eine Trennung von Staat und Gesellschaft?

Ja, wobei es gemäß Hegel genauer »bürgerliche Gesellschaft« heißen muß, denn der Staat als Vertreter des Allgemeinen ist selbst wiederum Mitglied der internationalen Staatengesellschaft. Mit seinem Abbau in der Moderne erleben wir nun neben einer unglaublichen Infantilisierung und Hypermoralisierung auch eine extreme Inflationierung von Politik weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein. Statt sich auf die Sicherung der Fundamente und Stützpfeiler unseres Gemeinwesens zu konzentrieren – wozu auch die

Sicherung der Außengrenzen gehört –, werden albernste gesellschaftliche Themen wie die Frage nach gendergerechten Toiletten oder Prostitution auf Krankenschein für pflegebedürftige Menschen zu einer politischen Dimension aufgeblasen. So wird jede Form von staatspolitischer Verantwortungsethik durch einen gesinnungsethischen Emotionalismus verdrängt.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 sagte der britische Politologe Anthony Glees voller Befremden, Deutschland werde »wie ein Hippie-Staat von Gefühlen geleitet«.

Tatsächlich kann man so keinen Staat vernünftig führen. Die Sorge der britischen Bevölkerung, daß sich durch die irrationale Haltung der Bundesregierung der Charakter Europas grundsätzlich verändern wird, hat dort entscheidend zum Votum für den BREXIT beigetragen. Der unglaubliche politische Kindergarten, den wir tagtäglich in unserem Land erleben, muß schnellstens aufgelöst und durch eine neue politische Elite abgelöst werden. Wir brauchen weder Hippies noch Kleinkinder an der Spitze unseres Staates, sondern verantwortungsbewußte Politiker, die sich wieder auf die wesentlichen Fragen der Politik besinnen: Was ist das politische Subjekt? Das Volk und sein Nationalstaat. Was ist das übergreifende Ziel einer deutschen Regierung? Schaden von unserem Volk abzuwenden und dessen Nutzen zu mehren. Wer ist Freund, wer ist Feind? Freund ist, wer den Interessen der Nation dient, Feind ist, wer diesen entgegensteht – festgemacht ganz im Sinne des politischen Begriffs von Carl Schmitt, also ohne jeden Haß und Ressentiments. Den politischen Feind oder auch Freund dürfen wir nicht mit unserer Privatsphäre verwechseln.

Das heißt: Die Feinde bleiben, sie sind jedoch nicht zu vernichten. An ihre Stelle träten naturgemäß sofort neue. Also müssen sie abgewehrt, in Schach gehalten werden.

Richtig, aber wir haben uns ihrer bei Bedrängung zu erwehren und sie in die Schranken zu weisen. Sie nehmen ihre Interessen wahr wie wir die unseren. Politik bedeutet nun, zu sondieren, wo diese Interessen unseren entgegenstehen und wo es Übereinstimmung gibt. Wer leugnet, daß es bei grundsätzlichen Freunden auch naturgemäß Agonales gibt und daß Feinde Aspekte aufweisen können, die einen partiellen Konsens empfehlen, der hat das Feld nüchterner Politik verlassen und begibt sich auf das Schlachtfeld der Eiferer und religiösen Krieger.

Ist diese Freund-Feind-Unterscheidung eher auf die inneren oder die äußeren

Angelegenheiten eines Gemeinwesens bezogen?

Primär auf die Außenpolitik. Der Staat muß sich als übergeordnete Institution zwar nach innen gegen den Zugriff gesellschaftlich-partikularer Kräfte wehren, seine Selbstbehauptungsfunktion ist aber vor allem nach außen gerichtet. Dazu bedarf es einer von fremden Direktiven unabhängigen Staatsführung, einer fähigen Diplomatie und einer intakten Armee mit dem klaren Wehrauftrag zur Landesverteidigung. Das sichert die Souveränität des Staates und die Freiheit seiner Bürger. Ein fremdbestimmtes, unbewaffnetes Volk ist auf Dauer ein unfreies Volk.

Der Vorrang der Außenpolitik vor der Innenpolitik ist für die heutige Zivilgesellschaft kaum noch nachvollziehbar.

Die Gestaltung des Gemeinwesens ist natürlich das Herzstück jeder Politik, ihre »Kür«. Aber sie ist nur möglich, wenn dieses Gemeinwesen auch nach außen abgesichert ist, die »Pflicht« erfüllt wurde. Adenauer hat einmal lakonisch festgestellt: »Innenpolitik ist die Frage, *wie* wir leben – Außenpolitik, *ob* wir leben«.

Das ist eine griffige, aber etwas verkürzte Formel: Durch das von Einwanderungskritikern an die Wand gemalte Szenario eines drohenden Bevölkerungsaustausches wird die Innenpolitik zur Existenzfrage. Die Überdehnung der Kriterien des »wie« treibt die Frage »ob überhaupt« auf die Spitze.

Nun, ich gebe Ihnen recht, daß die Migrationsproblematik viele innenpolitische Aspekte hat, im Grunde hat sie aber eine eher außenpolitische Dimension: es geht an allererster Stelle um den Schutz der Außengrenzen, um unser Verhältnis zu den Herkunftsländern, das Ausländerrecht usw.

Ist eine Außenpolitik im klassischen Sinne überhaupt noch möglich? Allein die vielen Einbindungen in supranationale Institutionen und Organisationen wie EU, NATO, WTO etc. schränken den Spielraum der Nationalstaaten doch extrem ein.

Das ist richtig, Sie beschreiben den bisherigen Status. Aber der ist gerade im Umbruch: in der EU haben wir seit der sogenannten Flüchtlingskrise eine starke Rückbesinnung auf die nationalen Interessen der einzelnen Länder, Großbritannien geht jenseits der EU wieder eigene Wege und die neue US-Regierung unter Trump predigt »America first!« Das sind alles deutliche Zeichen einer weltpolitischen Wende – weg von allzugroßer supranationaler Einbindung hin zu mehr nationaler Unabhängigkeit. Unsere »Flavus-

Deutschen« in Politik und Medien, für die nationale Souveränität nie eine relevante Kategorie gewesen ist, möchten das natürlich nicht mitmachen und geißeln den Paradigmenwechsel als »Ende unserer westlichen Wertegemeinschaft«. Er ist aber lediglich die Rückkehr zur politischen Normalität. Da hat unsere politische Klasse noch eine steile Lernkurve vor sich. Sie gerät ja schon bei der Ankündigung eines Handelskrieges seitens der USA in Panik.

Wäre für unsere exportabhängige Wirtschaft ein solcher Handelskrieg nicht tatsächlich fatal?

Auch wenn uns Deutschen dadurch für eine gewisse Zeit wirtschaftliche Probleme und Schmerzen drohen würden: ein solcher politisch-ökonomische Realitätsschock sollte uns dazu bringen, die einseitige Exportorientierung unserer Wirtschaft zu überdenken und nach möglichen Alternativen Ausschau zu halten. Der Boykott gegen Putins Rußland in Folge der Krise in der Ukraine – einmal ganz abgesehen davon, wie tatsächlich oder fabriziert diese Krise war – hat heute schon der russischen Wirtschaft mehr genutzt als geschadet, was von der auf Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft nicht behauptet werden kann. Da sind viele gewachsene und fruchtbare Beziehungen wohl für immer auf dem Altar der westlichen Bündnistreue geopfert worden, während die russische Wirtschaft sich diversifiziert hat und insgesamt autarker geworden ist. Das könnte der deutschen Wirtschaft auch wohltun und sie weniger störungsanfällig gegenüber dem internationalen Finanzmarkt werden lassen, so wie es ihrer Leistungsfähigkeit entspricht. Zudem könnte so eine Entwicklung auch als »Redemokratisierung« verstanden werden, denn das Prinzip der Volkssouveränität kann, wie das auch der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider betont, grundsätzlich nur in wirtschaftssouveränen Staaten verwirklicht werden.

Nach Ihren bisherigen Ausführungen muß ich Sie als dezidierten »Antiglobalisten« ansprechen!

Nun ja, Globalisierung ist ein vielschichtiger Begriff. Und Globalisierung ist bis zu einem gewissen Grad sogar ein naturwüchsiger Prozeß. Trotzdem muß Globalisierung unter dem Primat von nationaler Politik gestaltet werden, wozu auch demokratische, soziale und vor allen ökologische Kriterien zählen. Die in Deutschland hysterisch geführte Dieseldebatte hat zumindest dort etwas Gutes gehabt, wo sie die ökologischen Folgen von Globalisierung streifte: Containerschiffe sind der logistische Hauptträger der vielgepriesenen internationalen Arbeitsteilung und ihres Handels. Allein die größten fünfzehn

von ihnen stoßen jährlich mehr schädliche Schwefeloxide aus als alle 760 Millionen Autos weltweit! Das sind Zahlen, die nicht nur klarmachen, daß Dieselfahrverbote in Deutschland eine absurde politische Forderung sind, die massiv deutsche Interessen verletzt, sondern die uns eindringlich vor Augen führen, was für einen horrenden ökologischen Preis in fernen Ländern hergestellte Produkte neben ihrem reinen Herstellungspreis haben. Und noch schlechter müßte unser Gewissen werden, wenn wir uns anschauen, um welche Produkte es sich nicht selten handelt – nämlich um Ramsch- und Saisonartikel für den schnellen Konsumspaß, die nach kürzester Zeit zu Müllbergen werden. Ich spreche hier von mehreren Millionen Tonnen Plastikmüll, die jährlich zwecks Profitmaximierung global agierender Unternehmen um die halbe Welt gefahren werden. Das ist für mich eine vollkommen falsch angelegte Globalisierung, die in dieser Form – um der Zukunft der Menschheit und dieses Planeten willen – beendet werden muß.

Momentan erleben wir ja seitens traditioneller Freihandelsnationen wie den USA einen Rückgang der ökonomischen Globalisierung. Streben Sie denn darüber hinaus in Anlehnung an die Trump-Regierung einen neuen deutschen »Isolationismus« an?

Nein, ich halte eine enge Zusammenarbeit insbesondere der europäischen Länder für sinnvoll. Im Gegensatz zu den Geopolitikern in den USA leben wir mit dem riesigen Rußland, wie mit der Türkei auch, auf einem Doppelkontinent. Zwischen Deutschland und den USA liegt ein Weltmeer, zwischen Deutschland und Rußland wenige hundert Kilometer Landweg! Unsere Beziehung zu den osteuropäischen Ländern ist durch die Lage seit je unausweichlicher als jene der Italiener und Franzosen. Daraus erwächst eine Verantwortung. Wir müssen uns selbst überlegen, wie wir diese Verhältnisse einrichten wollen und können uns nicht aus purer Nibelungentreue zur US-geführten NATO bei allen unseren Nachbarn unmöglich machen. Über kurz oder lang werden wir in diesen Konflikt mit hineingezogen. Die Willfährigkeit wird uns nicht davor schützen, daß andere in kühler Abwägung ihre Interessen durchsetzen. Der alte Wirtschaftskrieg der Seemächte Großbritannien und USA gegen den Kontinent im 20. Jahrhundert nährt weiterhin die Konfliktdynamiken des 21. Jahrhunderts. Es ist im Interesse des Kontinents und der ganzen Welt, daß wir der Situation innewerden und die nächste Katastrophe dadurch abwenden.

Und die Europäische Gemeinschaft taugt als ein solches friedensstiftendes Mittel?

Ja, aber nicht im Sinne der heutigen EU. Es kann nur eine Kooperation souveräner Nationalstaaten auf freiwilliger Basis sein und sollte sich auf Bereiche wie Verteidigung, Wirtschaft und einzelne Großprojekte beschränken.

Dann sind Sie also gegen eine europäische Einigung?

Moment, die EU ist nicht gleich Europa! Das ist eine der größten politischen Lügen, die die polit-mediale Klasse in die Hirne der europäischen Völker hineinstreut. Gehören die Schweiz und Norwegen etwas nicht zu unserem Kontinent? Dazu wird uns immer eingeredet: Wer gegen die EU ist, der ist für Nationalismus und Krieg. Dabei ist der Frieden in Europa durch die unselige Politik Brüssels und der EZB – wie die sogenannte Euro-Rettung oder die Unfähigkeit, Europas Außengrenzen vor illegaler Einwanderung wirksam zu schützen – empfindlich gestört, die Stimmung zwischen den Mitgliedsländern so feindselig wie noch nie. Das Europa vor dem Maastricht-Vertrag, also das »Europa der Vaterländer« war die friedliche Phase der europäischen Einigung, weil sie vom Prinzip der Einheit in Vielfalt geleitet war. Ich bin überzeugt: Die EU hat keine Zukunft, weil sie dem Wesen des wahren Europa zuwiderhandelt. Und der Euro hat keine Zukunft, weil eine gemeinsame Währung nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Wirtschaftsmentalität gedeihen kann. Wir sollten uns daher schon jetzt über alternative Formen einer europäischen Kooperation Gedanken machen.

Haben Sie dafür schon einige Anhaltspunkte?

Wie eine neue europäische Architektur genau aussehen wird, kann man jetzt noch nicht sagen. Grundlage sollte, wie gesagt, die Achtung der nationalen Souveränität sowie der kulturellen und ethnischen Eigenständigkeit sein. Jede Form von Entmündigung und Nivellierung ist abzulehnen. Das bedeutet keine Abschottung oder Vereinzelung. Allein aufgrund unserer geopolitischen Lage haben wir Deutschen ein großes Interesse an einem gedeihlichen Modus vivendi mit unseren Nachbarstaaten und befreundeten Völkern und Stämmen. Eine solche mitteleuropäische Friedensordnung wäre auch die optimale Basis für einen dauerhaften Ausgleich mit Rußland. Diesen befürworte ich sehr, auch weil ich weiß, daß es einen dauerhaften Frieden in Europa niemals gegen Rußland, sondern nur mit Rußland geben kann.

Das geht in Richtung einer neuen Großraumordnung, wie sie von Carl Schmitt Ende der 1930er Jahre entwickelt wurde.

Die Idee eines föderativen Mitteleuropas mit einer engen wirtschaftlichen

Zusammenarbeit ist älter und wurde von dem großen Liberalen Friedrich Naumann während der Zeit des Ersten Weltkriegs in die politische Debatte eingebracht. In der damaligen Form ist es für die Lösung der aktuellen Probleme ungeeignet. Aber ein stark modifiziertes, auf die heutigen Gegebenheiten angepaßtes Konzept würde im Gegensatz zum gleichmacherischen Zentralismus der EU-Bürokratie auf die unterschiedlichen Mentalitäten, Entwicklungsstände und kulturellen Besonderheiten der europäischen Völker Rücksicht nehmen.

Bereits zum Wiener Kongreß hat Metternich allen Versuchen Englands entgegenzuwirken gewußt, die darauf gerichtet waren, Rußland zu demütigen und einzuschränken. Nach seinen Plänen hätte es damals schon eine Art »privilegierte Partnerschaft« mit dem Osmanischen Reich gegeben. Seine Weitsicht hat Europa einen hundertjährigen Frieden beschert. Ist die inzwischen gute europäische Idee gekapert und der Ansatz einer guten Ordnung mit einem globalistischen Imperialismus ersetzt worden?

Ganz allgemein ist das Modell eines übernationalen Staatenbundes ein möglicher Gegenentwurf zur Utopie der Weltgesellschaft, wie sie von den Globalisten unter den Stichworten »Weltrepublik«, »Cosmopolitan Democracy« oder »Global Governance« propagiert wird. Schon die Verbindung dieses Ansatzes mit dem Begriff »Demokratie« ist obskur, zeigt doch die Geschichte, daß Demokratie und Größe in einem Spannungsverhältnis stehen. Der Politologe Henning Ottmann hat in seiner *Geschichte des politischen Denkens* darauf hingewiesen: je größer das Territorium und die Zahl der Bürger und je vielfältiger die Sprachen und Kulturen sind, desto unwahrscheinlicher ist eine demokratische Verfaßtheit.

Das oft zu Unrecht als Völkergefängnis verunglimpfte k. u. k. Österreich ließe sich unschwer als Gegenbeispiel anführen.

Tragischerweise lieferte ausgerechnet der Hoffnungsträger einer Aussöhnung zwischen den slawischen Ethnien, der Erzherzog Franz Ferdinand, durch das Attentat auf ihn und seine Gattin passiv den Anlaß zum großen Völkermorden. Allerdings war das überdehnte österreichisch-ungarische Reich ein gefährlicher Konfliktherd. Die Etablierung von relativ autonomen Großräumen wäre ein gangbarer Mittelweg zwischen unipolarer und multipolarer Weltordnung und würde mit der Beschränkung auf kleinere, überschaubare Einheiten für die Selbstbestimmung der Völker größere Erfolgschancen bieten.

Aber ist die Idee des »Großraums« überhaupt noch anwendbar auf die heutige Zeit?

Natürlich müßte sie weiterentwickelt und von zeitbedingtem Ballast befreit werden – vor allem vom NS-Imperialismus, der eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrecht der Völker war und anstelle der nationalen Identitäten das Prinzip der Rasse favorisierte. Die nationale Selbstbestimmung darf nie angetastet werden, alle etwaigen Souveränitätsverzichte in einem übernationalen Verbund müssen auf Freiwilligkeit und freier Entscheidung basieren. Unter dieser Prämisse sind die Grundgedanken aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts durchaus interessant und sollten in die Konzeptionen alternativer Modelle mit einbezogen werden.

An welche Weiterentwicklungen denken Sie da?

Das von Schmitt geforderte »Interventionsverbot raumfremder Mächte« zum Beispiel ist hochaktuell, müßte allerdings nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit um das »Investitionsverbot raumfremden Kapitals« und das »Migrationsverbot raumfremder Bevölkerungen« ergänzt werden. Trumps angekündigte Rücknahme des US-amerikanischen Interventionismus, sein »ökonomischer Nationalismus« und seine Ablehnung der Massenmigration bilden quasi den Startschuß für einen weltweiten Umbau, der insbesondere für Europa, Asien und Lateinamerika eine attraktive Option wäre. Samuel Huntington hat in seinem epochalen Werk *Clash of Zivilisations* sieben bis acht kulturelle Großräume definiert, die eine erste Orientierungsmatrix darstellen könnten. Unterhalb dieser Ebene geschieht bereits einiges: Die kooperierenden Visegrád-Staaten zeigen für den mittel- und osteuropäischen Raum interessante Ansätze einer alternativen Ordnung zur zentralistischen EU.

Bis zur Errichtung neuer, langfristig stabiler Ordnungen wird es aber noch ein langer Weg sein.

Ja, allein das gesamteuropäische Remigrationsprojekt, also die geordnete Rückführung der hier nicht integrierbaren Migranten in ihre ursprünglichen Heimatländer, wird eine große Herausforderung sein und viele Jahre in Anspruch nehmen. Dazu bedarf es einer intensiven Kooperation zwischen den betroffenen europäischen Ländern und den Rücknahmestaaten Afrikas und Asiens. Alle künftigen Außenbeziehungen sollten nach dem Grundprinzip der Reziprozität gestaltet sein, also einen fairen Ausgleich anstreben, ohne die

eigenen nationalen Interessen zu vernachlässigen. Ansonsten müssen natürlich alle Länder nach Jahrzehnten der Fehlentwicklung in ihren eigenen Häusern aufräumen und Ordnung schaffen. Das sollte jedes Volk nach seinen eigenen Maßstäben und Vorstellungen tun, gemäß dem völkerrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung. Dafür brauchen wir Ruhe, Zeit und – wie ich vorhin anführte – eine offene Aussprache.

Ist unser Volk in seiner Zerrissenheit und Identitätskrise dazu überhaupt willens und in der Lage?

Es wird das wichtigste bei einem Neuanfang sein, daß wir nach Zeiten der verbitterten Konfrontation und des engstirnigen Parteigeistes wieder aufeinander zugehen und das Gespräch mit dem einstigen politischen Gegner suchen. Wir Deutschen sind im Zuge des westlich-dekadenten Liberalismus und der ausufernden Parteienherrschaft zu einer bloßen Bevölkerung herabgesunken. Wenn man traditionelle Maßstäbe zugrunde legt, sind wir in einer äußerst miserablen Verfassung. Das geht zu großen Teilen auf die noch miserablere politische Führung im Land zurück, denn ein Volk ist laut Spengler immer auch das, was man aus ihm macht. Der beliebte Satz vieler Patrioten »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«, geht mir angesichts unseres heutigen Zustands nur schwer über die Lippen und trifft eher auf vergangene Zeiten als auf die Gegenwart zu.

Es wäre erstrebenswert dieser Feststellung wieder eine Grundlage zu verleihen?

Ja, unbedingt. Wir haben natürlich eine idealtypische Vorstellung, ein vielleicht etwas verklärtes Bild von unserem Volk, aber es dient als Leitstern für unsere Aufgabe der Selbstveredelung – wie es heute bereits in viel kleinerer Dimension bei der individuellen »Selbstoptimierung« verbreitet ist.

Goethe faßte das in dem Satz zusammen: »Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter; wenn wir sie behandeln, als wären sie, was sie sein sollten, so bringen wir sie dahin, wohin sie zu bringen sind.«

Das entspricht dem aristotelischen Entelechie-Gedanken oder dem »Werde, der du bist« von Nietzsche. Jedem Ding und Leben dieser Welt – auch einem Volk – ist die Aufgabe der Selbstentfaltung mitgegeben. Um nun als Deutsche wieder zu einem vollwertigen, eigenständigen und differenzierten Volk zu werden, brauchen wir weniger die Not als Zuchtmeister, als eine fordernde und fördernde politische Elite, die unsere Volksgeister wieder weckt. Und

eine allgemeine Haltung, die die Einheit in der Vielfalt bejaht, denn nur mit starken Einzelpersönlichkeiten, die sich dem Ganzen verbunden fühlen, werden wir ein so großes Projekt wie den Neubau unseres Gemeinwesens stemmen.

Aber ist ein Volk überhaupt in der Lage, sich selbst aus dem Sumpf wieder herausziehen?

Machiavelli bestritt das ja vehement. Er ging von einem »Uomo virtuoso« aus, der nur als alleiniger Inhaber der Staatsmacht ein zerrüttetes Gemeinwesen wieder in Ordnung bringen könne. Aber auch für eine plurale Führung wäre eine enge Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Volk unabdingbar.

Besteht eine solche neue Elite bereits, vielleicht im Hintergrund abwartend?

Nein, nur in ganz bescheidenen Ansätzen. Das Problem heute in Deutschland ist, daß die politische Klasse den natürlichen Kreislauf der Elitenbildung und -ablösung über viele Jahre behindert hat, sich also nur rudimentär eine Gegenelite bilden konnte. Das merken wir auch empfindlich in der Parteiopposition. Der notwendige Elitenwechsel wird sich also über eine längere Zeit hinziehen, da die nötigen Kräfte zu großen Teilen erst neu gebildet werden müssen. Bis dahin sind wir gezwungen, zu improvisieren.

Ist das eine akzeptable Option?

Wir haben hier keine Alternative. Auch Preußen brauchte mindestens zwei Königsperioden, um einen intakten zivilen und militärischen Beamtenstand aufzubauen. So etwas geht nicht von heute auf morgen. Unsere natürlichen Verbündeten sind die ganzen Fach- und Funktionseliten im Mittelbau, die von einer verantwortungslosen Führung in die falsche Richtung gedrängt werden und zu großen Teilen unzufrieden mit der herrschenden Politik sind. Das sind die, die genauso wie die Polizisten, Lehrer, Richter und Ärzte diesen Staat mit ihrem Dienstethos noch immer tragen, obwohl sie ihr tägliches Tun als immer sinnloser erleben.

Nach all den Ausführungen zum inneren und äußeren Neubau: Sehen Sie sich eigentlich eher in der Rolle des Rebellen oder in der eines politischen Gestalters?

Mir behagt eindeutig die zweite Rolle mehr. Oppositionell sind wir nur wider Willen, weil wir die aktuelle Politik für verfehlt halten und nicht mehr an einen wirklichen Kurswechsel der herrschenden Eliten glauben. Wir können

uns unsere Aufgaben, die die Zeit an uns stellt, leider nicht aussuchen. Aber das schöpferische Gestalten und Formen eines Gemeinwesens zum Wohle seiner Bürger bewegt in mir viel mehr positive Energie als das katechontische Stemmen gegen eine nationale Apokalypse. Das hat wiederum auch sein Gutes: Die Vorfreude auf eine künftige Erneuerung verwandelt bei mir die lästige politische Pflicht zu einer leidenschaftlichen Neigung. Ich bin immer wieder positiv überrascht, welche Fülle wir in unserem Land an alternativen Ansätzen und Ideen haben, die bislang brachliegen und von der herrschenden Politik ignoriert werden. Mein Wunsch ist es, genau diese kreativen Potentiale zu mobilisieren und ihnen eine Entfaltungschance zu geben. Wichtig dabei ist, daß eine Verständigung über alle politisch-weltanschaulichen Gräben zustandekommt. Mich macht der heutige Zustand der Zerissenheit traurig, der durch die Ideologisierung und die Spaltung in Hell- und Dunkeldeutschland entstanden ist. Der Parteigeist muß überwunden, die innere Einheit hergestellt werden.

Droht damit nicht eine neue graue Konformität?

Nein, Einheit ist nicht Uniformierung, die auf Zwang und Nivellierung beruhen würde. Wirkliche Einheit entsteht aus der Liebe zur Vielfalt: Das Volk ist ein äußerst vielschichtiger »bunter Haufen«, dessen Farbenpracht wir unbedingt erhalten wollen – in erheblichen Teilen sogar erst wiederherstellen müssen. In dem künftigen Gemeinwesen soll jeder seinen Platz und Wert haben und sich gemäß dem preußischen Toleranzprinzip entfalten können, ohne das Ganze zu gefährden.

Wird es dabei auch um eine Re-Preußifizierung Deutschlands gehen?

Nicht nur, aber Preußen wird eine besondere Rolle spielen. In seinem Roman *Der Vater* hat Jochen Klepper den Bruch Friedrich Wilhelm I. mit dem repräsentativen Prunk seines Vaters beschrieben. Der Soldatenkönig kürzte die Ausgaben für die Hofhaltung auf ein Fünftel und tilgte die Staatsschulden. Er mied die viel zu großen Schlösser und erweiterte stattdessen Potsdam zu einer bescheidenen aber zweckmäßigen Stadt. Darin enthalten ist eine Wendung, die uns in der gegenwärtigen Situation gut anstände. Denn der häßlich-brutale Sultanspalast an der Spree, auch Kanzleramt genannt, steht schon allein aufgrund seiner gigantischen Ausmaße – er ist größer als das Weiße Haus oder der Élysée-Palast – symbolisch für den Größenwahn der bundesdeutschen Politikerkaste, die heute die Welt statt mit Panzern mit einem aggressiven Hypermoralismus bedrängt und bedroht. Fast möchte man die Schleifung und Rückgabe des Areals an das Volk in Form einer

harmonischen Angliederung an den Tiergarten vorschlagen. Aber die großen Kosten dieses Vorhabens lassen den Preußen in mir dann doch nachdenklich werden…

Den schiefen Vergleich dieser gebauten Hybris mit der bescheiden-eleganten Pavillonarchitektur des Serails in Istanbul muß ich zurückweisen. Mir fällt dafür allerdings auch nichts Vergleichbares ein. Selbst die neue Reichskanzlei wie auch die Sowjetarchitektur im Kreml sind geschmackvoller gewesen. Charakteristisch ist wohl nicht die Größe und Brutalität sondern das mit sich selbst Uneinige und Verlogene an dieser Formsprachlosigkeit. Aber sicher ließen sich auch in Berlin andere, bescheidenere Orte auffinden?

Durchaus, aber nehmen sie den imaginierten Umzug der Regierung nach Potsdam einfach als eine vielsagende politische Metapher: Preußen ist als geschichtliches Phänomen für die Erneuerung unseres Gemeinwesens von elementarer Bedeutung. Damit meine ich nicht nur seine bekannten Werte und Tugenden, sondern auch seine institutionellen Vorbilder wie beispielsweise den Staatsapparat, die Armee und das Bildungswesen. Preußen ist auch der notwendige Tritt in den Hintern des deutschen Winkelrieds – eine Art produktiver Selbstzüchtigung der Deutschen vor all zu viel gemütlicher Enge und lokaler Kleinheit. Der preußische Geist atmet nun einmal – trotz der verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg – am stärksten noch in Potsdam. Das soll kein Credo gegen Bonn als traditionelle Universitätsstadt und die Hauptstadt Berlin sein, die ihren besonderen Reiz als quirlige Metropole besitzt. Aber man sollte auch bedenken: zum Regieren gehören Ruhe und Kontemplation, eine Art geistiges Refugium. Der Genius loci des preußischen Arkadiens in der Umgebung von Berlin und Potsdam bietet das in außergewöhnlichem Maße. Dem deutschen Gemeinwesen der Zukunft stünde überhaupt eine Synthese aus dem Geiste Potsdams und Weimars gut zu Gesicht. Neben dem preußischen »Suum cuique« müßte der Leitspruch der deutschen Klassik stehen: »Edel sei der Mensch, hilfreich und gut«.

Aber alles noch so edel und gut begründete Gestaltungswerk stünde doch auch unter dem Vorbehalt der Vergänglichkeit?

Natürlich. Auch die bestmögliche Ordnung wird einmal morsch und brüchig werden und verdient es dann, von anderen, unverbrauchten Kräften abgelöst zu werden. Das gehört zum normalen Zyklus der Geschichte. Entscheidend ist für mich, ob unser Land und unser Volk über die historischen Veränderungen, Wechsel und Brüche hinweg der zentrale Bezugspunkt für die politisch Verantwortlichen bleibt oder nicht. Es sind nicht die äußeren Formen – die

einem laufenden natürlichen Wandel unterliegen –, sondern die inneren Substanzen, aus denen der Genius des Volkes seine Kraft schöpft und den es zu erhalten gilt.

Wie sehen Sie die Chancen, Ihre kühnen Ideen eines Tages umzusetzen?

Mit viel Tatkraft und noch mehr Fortune werden wir am Ende Bonhoeffersche Fragmente schaffen. Fragmente hoffentlich der zweiten Art.

Und wenn Ihre ambitionierten Projekte schon vorher scheitern und sich ganz andere Kräfte in der Politik durchsetzen sollten?

Dann werde ich mich an den tröstlichen Rat meines Vaters erinnern: »Am Ende bleibt immer noch ein guter Wein und die Philosophie.«

PERSONENREGISTER